



Direktion für Finanzen, Personal und Informatik
Präsidialdirektion
Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie
Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Direktion für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün
Finanzinspektorat

Sitzung vom 23. September 2021, Traktandum 2

SRB Nr. 2021-309

Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2022 – 2025.
(26 zustimmend, 25 ablehnend, 19 ohne Wertung)
2. Der Stadtrat beschliesst folgende Planungserklärungen:
Zur Grundsatzdebatte:
 - Der Gemeinderat legt die wichtigsten unterliegenden Annahmen, Grundlagen und Modelle für die Prognosen zu den Steuereinnahmen zukünftig im IAFP offen. (45 Ja, 27 Nein, 1 Enthalten)
 - Es ist ein zentraler Personaldienst einzuführen, dem die Planung der Stellen direktionsübergreifend obliegt. (37 Ja, 35 Nein, 0 Enthalten)
 - Die Sanierung von wertzehrender und sich in einem energetisch schlechten Zustand befindlichen städtischen Infrastruktur ist prioritär vorzunehmen. (43 Ja, 27 Nein, 3 Enthalten)
 - Gesundheitsschutz/Anstellungsbedingungen: Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Gesundheitsschutz für Mitarbeitende mit schwer belastenden Tätigkeiten insbesondere durch Frühpensionierungslösungen verbessert werden kann. (40 Ja, 33 Nein, 0 Enthalten)
 - Anstellungsbedingungen: Der Gemeinderat wird aufgefordert, die Anstellungsbedingungen der städtischen Angestellten insbesondere mit einer Realloohnerhöhung in tieferen Lohnklassen zu verbessern, sobald es die Finanzlage der Stadt Bern erlaubt. (40 Ja, 33 Nein, 0 Enthalten)
 - Brückenangebote für Berufseinsteigende: Der Gemeinderat wird aufgefordert, zusätzliche Brückenangebote für Berufseinsteiger:innen in der Stadtverwaltung zu schaffen. (46 Ja, 26 Nein, 1 Enthalten)
 - Stellenabbau: Der Gemeinderat wird aufgefordert, den mit FIT II geplanten Stellenabbau im Niedriglohnbereich (insbesondere beim Unterhalt und der Reinigung/ PG-Nr. 510300-13//1819 wie auch in der Administration) laufend mit den Sozialpartnern zusammen zu überprüfen, und sofern es die Finanzlage zulässt, rückgängig zu machen. (40 Ja, 33 Nein, 0 Enthalten)
 - Design to cost: Der Gemeinderat wird aufgefordert, für sämtliche Infrastruktur- und Informatikprojekte das Prinzip des Design to cost einzuführen, mit dem Ziel die Investitionskosten um 20 Prozent zu senken. Bei bereits projektierten Vorhaben ist zu prüfen, inwiefern diese Vorgabe kurzfristig ebenfalls umgesetzt werden kann. (43 Ja, 18 Nein, 12 Enthalten)
 - Finanzplanung: Der Gemeinderat wird aufgefordert, in der Finanzplanung den grossen Finanzbedarf für die digitale Transformation und den sozioökologischen Umbau auszuweisen und rechtzeitig zu berücksichtigen. (43 Ja, 26 Nein, 3 Enthalten)

- Kostendeckende Verrechnungen: Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, dass Dienstleistungen der Stadtverwaltung, welche an Dritte erbracht werden, kostendeckend bzw. angemessen verrechnet werden. Der Stadtrat ist im Rahmen der Jahresberichterstattung 2023 darüber zu informieren. (55 Ja, 14 Nein, 4 Enthaltungen)
- Abgestufte Gebühren: Der Gemeinderat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei steuerfinanzierten Leistungen bzw. Investitionen von auswärtigen Personen höhere Beiträge und Gebühren erhoben werden können. Der Stadtrat ist im Rahmen der Jahresberichterstattung 2023 darüber zu informieren. (38 Ja, 31 Nein, 4 Enthaltungen)
- Soziale Folgen Corona: Der Gemeinderat wird aufgefordert, soziale (Langzeit-) Folgen von Corona mit entsprechenden Massnahmen zu lindern. Abhängig von der Erhöhung der Anzahl armutsgefährdeter Menschen in der Stadt Bern sind entsprechend Mittel im Vergleich zum Budget 2021 zu erhöhen. Die SBK ist darüber im Rahmen der Jahresberichterstattung 2022-25 in Kenntnis zu setzen. Insbesondere: 280200-1; 310100; 310300; 310400; 310500; 310600; 330300; 360100; 370100-1b. (40 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen)

Zu GuB / PRD

Stadtkanzlei	PG040200	Der städtische Beitrag an die Fachzeitschrift "Berner Zeitschrift für Geschichte" sei aufrechtzuerhalten. (40 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltung)
Gleichstellung	PG100300	Die Reduktion der Mittel für die Unternehmensplattform "Werkplatz Égalité" ab 2023 von Fr. 10'000 sei rückgängig zu machen. (47 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltungen)
Gleichstellung	PG100300	Die Sparmassnahme bei den Lohngleichheitskontrollen von Fr. 20'000 ab 2023 sei rückgängig zu machen. (45 Ja, 30 Nein, 0 Enthaltungen)
Kultur Stadt Bern	PG110000	Die Stadtgalerie soll weiter betrieben werden und die dafür notwendigen Fr. 156'000 im PGB 2022 sowie Fr. 218'000 für 2023 und 2024 im IAFP sollen wiedereingestellt werden. Die Stadtgalerie als wichtiger und geschichtsträchtiger Berner Kultur- und Kunsttreffpunkt soll erhalten bleiben. (47 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltung)
Kultur Stadt Bern	PG110000	Tripartite Verträge Kulturinstitutionen: Auf die Hälfte der Reduktion der Gesamtsumme für die Unterstützung von Institutionen mit tripartiten LV um CHF 250'000 ab 2024 ist zu verzichten. (49 Ja, 27 Nein, 0 Enthaltungen)
Kultur Stadt Bern	PG110000	Städtische Leistungsverträge Kultur: Auf die Hälfte der Reduktion der Gesamtsumme für die Unterstützung von Institutionen mit rein städtischem LV um CHF 135'000 ab 2024 ist zu verzichten. (41 Ja, 35 Nein, 0 Enthaltungen)
Kultur Stadt Bern	PG110000	Direkte Förderung erhöhen: Bis 2025 beträgt der Anteil der direkten Förderung am Globalbudget von KSB 15%. (48 Ja, 28 Nein, 0 Enthaltungen)
Denkmalpflege	PG120000	Die zur Erarbeitung des UNESCO Managementplan notwendigen Mittel sind in den Planjahren 2023 und 2024 zu halbieren, im Planjahr 2025 zu streichen. (44 Ja, 10 Nein, 21 Enthaltungen)

Zu SUE

Amt für Umweltschutz	PG220100	220100-3; 220100-7 Die Massnahme Sharing Economy und auf die Umsetzung der Massnahme klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung (Massnahme 8g der Energie- und Klimastrategie) sollen weitergeführt werden. (39 Ja, 33 Nein, 2 Enthaltungen)
Schutz und Rettung	PG245300	FIT 245300-0: Die Feuerwehersatzabgabe ist einkommensabhängig zu gestalten und zwar so, dass tiefe Einkommen nicht betroffen sind. (53 Ja, 21 Nein, 0 Enthaltungen)
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	PG280200	Es soll kein Teilverzicht auf das Projekt StoP Partnergewalt in den Quartieren stattfinden. (47 Ja, 26 Nein, 1 Enthaltung)
Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	PG280200	Projekt StoP Partnergewalt: Auf Kürzungen im Sensibilisierungsprojekt StoP Partnergewalt sei zu verzichten. (47 Ja, 25 Nein, 2 Enthaltungen)

Zu BSS

Sozialamt	PG310600	Der Gemeinderat verabschiedet im Herbst 2021 die neue Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen Integration. Hierzu soll er analog zur Strategie 2018–2021 mindestens gleich viel Mittel sowie die entsprechenden personellen Ressourcen für die Umsetzung derer Massnahmen einstellen. Neben den bisherigen Bestrebungen soll die Strategie auch zusätzliche Massnahmen beinhalten, durch welche die Stadt flexibel auf spezifisch pandemiebedingte Herausforderungen reagieren kann. (50 Ja, 20 Nein, 4 Enthaltungen)
Schulamt	PG320100	Alternativen Aula Länggasse: Der Gemeinderat wird aufgefordert, im Schulkreis Länggasse-Felsenau bis 2025 eine Alternative zum Neubau einer Aula zu suchen. (34 Ja, 33 Nein, 7 Enthaltungen)
Schulamt	PG320100	Lernunterstützung: Der Gemeinderat ist aufgefordert, dem Wachstum der Schüler:innen entsprechend über die vom Kanton zur Verfügung gestellten Lektionen, in allen Schulkreisen unbesehen des Sozialindex des Schulkreises zusätzliche Lernunterstützung zur Verfügung zu stellen. (40 Ja, 28 Nein, 7 Enthaltungen)
Schulamt	PG320300	Auf die Kürzung der Beiträge an die Kornhausbibliotheken (tripartiter Leistungsvertrag 2020 – 2023) um CHF 50'000.- ab 2024 ist zu verzichten. FIT: 320300-2 / Kornhausbibliothek: Auf die Senkung um CHF 50'000 ab 2024 beim Beitrag Kornhausbibliothek im tripartiten Vertrag ist zu verzichten. (51 Ja, 22 Nein, 1 Enthaltung)

Insbesondere: Soziokultur; Familienergänzende Betreuung; Schulzahnmedizinische Leistungen	PG330100	Schüler:innenwachstum: Der Gemeinderat wird aufgefordert, entsprechend der gestiegenen Anzahl der Schüler:innen insbesondere das soziokulturelle Angebot, schulzahnmedizinische Leistungen und die familienergänzende Betreuung in der Stadt Bern auszubauen. Die SBK ist darüber im Rahmen der Jahresberichterstattung in Kenntnis zu setzen. (40 Ja, 29 Nein, 6 Enthaltungen)
SZMD	PG360100	Kein Abbau bei schulzahnmedizinischen Leistungen: Im Nachgang zur Zusammenlegung der Schulzahnstandorte darf es insbesondere bei ärztlichen oder Kieferorthopädie-Leistungen zu keinem Abbau kommen. (42 Ja, 28 Nein, 5 Enthaltungen)
Sozialamt	PG370100	Erhöhung der Schulsozialarbeit: Der Gemeinderat ist aufgefordert, pro 700 Schüler:innen unbesehen des Sozialindex des Schulkreises mindestens eine 100 Prozent Stelle Schulsozialarbeit vorzusehen. (45 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen)
Gesundheitsdienst	PG370100	Um den vielseitigen Auftrag des Gesundheitsinspektorates nachhaltig wahrnehmen zu können, braucht es eine Stellenbesetzung von mindestens 100% die sich zwei Personen teilen, die sich gegenseitig vertreten und fachlich austauschen können. Dafür müsste das GI zum EKS Abklärungsteam überführt werden, das für dieses Aufgabengebiet die eingesparten 50% Stellenprozente erhalten müsste. (38 Ja, 37 Nein, 0 Enthaltungen)
Direktionsstabsdienste	PG380100	Keine Privatisierung des Lorrainebads: Der Gemeinderat wird aufgefordert, das Lorrainebad durch die Stadt Bern weiterzuführen. Für die bestehende Infrastruktur ist eine sanfte und kostengünstige Instandhaltung vorzusehen. (53 Ja, 15 Nein, 6 Enthaltungen)
Sportamt	PG380120	Bei der Zwischennutzung des Hallenbads Hirschengraben soll der Fokus auf Räume für die Jugend und Jugendkultur gelegt werden. (26 Ja, 25 Nein, 10 Enthaltungen)

Zu TVS

Stadtgrün Bern	PG520200	Blumenschmuck in Blumenschalen und Wechselflorrabatten sind konsequent durch unterhaltsarme und einheimische Dauerbepflanzung zu ersetzen. Die dafür geplanten Aufwände sind entsprechend zu reduzieren. (36 Ja, 32 Nein, 2 Enthaltungen)
Stadtgrün Bern	PG520400	Auf die Schliessung des Friedhofes Bümpliz sei zu verzichten. (60 Ja, 9 Nein, 2 Enthaltungen)

Tiefbauamt	PG510300	Kein Leistungsabbau: Die Auswirkungen der Reduktion der Abfalleimerleerungen in den Quartieren ist nach 2 Jahren zu überprüfen. (45 Ja, 25 Nein, 0 Enthaltungen)
Stadtgrün Bern	PG520200	Erhalt wertvoller Grünanlagen: Die Auswirkungen der Reduktion des funktionellen Unterhalts in den Grünanlagen ist nach zwei Jahren zu überprüfen. (53 Ja, 15 Nein, 2 Enthaltungen)
Stadtgrün Bern	PG520200	Angemessene finanzielle Abgeltung: Mit Grünanlagen von Dritten, die von der Stadt Bern bewirtschaftet werden, sind Konditionen auszuhandeln, damit die Stadt bei der Bewirtschaftung dieser Flächen finanziell entlastet wird. Die Rückgabe der Grünflächen ist möglichst zu verhindern. (38 Ja, 33 Nein, 0 Enthaltungen)
Stadtgrün Bern	PG520400	Friedhof Bümpliz erhalten: Der Gemeinderat wird aufgefordert, zusammen mit den Quartierorganisationen und Sozialpartnern zu überprüfen, welche Alternativen den Weiterbetrieb des Friedhofs Bümpliz sicherstellen. (39 Ja, 31 Nein, 0 Enthaltungen)

Zu FPI:

Immobilien Stadt Bern	PG621100	Das Rebgut Neuenstadt soll ab 2024 insgesamt kostendeckend über die folgenden Planjahre betrieben werden. (39 Ja, 28 Nein, 3 Enthaltungen)
--------------------------	----------	--

Namens des Stadtrats
Der Präsident

24.09.2021

X 

Signiert von: Kurt Rügsegger (Qualified Signature)

Die Ratssekretärin

23.09.2021

X 

Signiert von: Nadja Bischoff (Qualified Signature)